

18. November 2021

Seite 13

Auflage 104'397 Ex.  
Reichweite 247'000 Leser  
Erscheint 6 x woe  
Fläche 45'400 mm<sup>2</sup>  
Wert 6'700 CHF

Neue Zürcher Zeitung  
8021 Zürich  
www.nzz.ch  
Adi Kalin



# Auszahlungen gestoppt

Aufsichtsbeschwerde der FDP gegen die neue Basishilfe für Ausländer

ADI KÄLIN

Am Anfang standen die langen Schlangen bei der Essensausgabe für arme Zürcherinnen und Zürcher. Der Stadtrat liess dazu eine Studie ausarbeiten und fand heraus, dass vor allem Sans-Papiers und Ausländerinnen und Ausländer, die keinen Antrag auf Sozialhilfe stellen können oder wollen, von Armut betroffen sind. Der Zürcher Sozialvorsteher Raphael Golta (sp.) zog darauf eine Art parallele Sozialhilfe für diese Bevölkerungsschicht auf – die aus Sicht der Bürgerlichen allerdings gegen das Ausländerrecht verstösst.

## Unterstützung für 73 Personen

Um die Sachlage zu klären, hat die städtische FDP Mitte Juli eine aufsichtsrechtliche Beschwerde beim Bezirksrat eingereicht. Die Beschwerde ist noch hängig, in einem Zwischenentscheid hat der Bezirksrat aber festgehalten, dass vorläufig keine Gelder mehr ausbezahlt werden dürfen. Der Stadtrat hatte im Juni zwei Millionen Franken für ein 18-monatiges Pilotprojekt bewilligt.

Sinnvollerweise sollten die Finanzhilfen erst dann ausbezahlt werden, wenn die Rechtmässigkeit des Projekts feststehe, heisst es im Entscheid. Tatsächlich allerdings hat das Sozialdepartement kürzlich mitgeteilt, dass der Versuch mit der wirtschaftlichen Basishilfe «gut an-

gelaufen» sei. Bis Ende Oktober seien 88 Gesuche eingereicht worden, wovon 45 bewilligt worden und 24 noch hängig seien. Gesamthaft seien 49 Erwachsene und 24 Kinder unterstützt worden. Davon hätten rund die Hälfte eine gültige Niederlassungs- oder Aufenthaltsbewilligung, die anderen seien Sans-Papiers. Es sind schon 88 776 Franken verteilt worden. Die Auszahlung erfolgt über die Hilfswerke Caritas, Schweizerisches Rotes Kreuz, die Sans-Papiers-Anlaufstelle Zürich und Solidara Zürich (vormals Stadtmission). Im Zwischenentscheid wird dem Stadtrat nicht nur verboten, weitere Gelder auszubezahlen, er soll auch dafür sorgen, dass die Hilfswerke darauf verzichten.

## Stadt hat Entscheid noch nicht

Die Caritas nimmt den Entscheid zur Kenntnis. Wenn das Gericht so entschieden habe, müsse man die Sache wohl einstweilen auf Eis legen, sagt Sprecher Andreas Reinhart. Die Caritas werde die Zahlungen jetzt nicht aus eigenen Mitteln bestreiten, das sei ja gerade nicht die Idee der Basishilfe gewesen. Reinhart sagt aber auch, dass der Andrang für das Angebot noch überschaubar gewesen sei. Viele Betroffene wüssten wohl noch nichts von der Basishilfe. Die Sans-Papiers-Anlaufstelle Zürich will den Entscheid noch nicht kommentieren, man werde das weitere Vorgehen zunächst besprechen müssen.

Bei der Stadt traf der Entscheid des Bezirksrats leicht verspätet am Mittwochnachmittag ein. Heike Issehorst, die Medienbeauftragte des Sozialdepartements, erklärte auf Anfrage, dass man den Entscheid so zur Kenntnis nehme und ihn nun im Detail prüfe. Selbstverständlich würden die Zahlungen vorderhand gestoppt. Man werde auch die beteiligten Hilfswerke entsprechend informieren.

Die drei FDP-Gemeinderatsmitglieder, von denen die Aufsichtsbeschwerde stammt, zeigen sich in einer Medienmitteilung erfreut über den Zwischenentscheid des Bezirksrats. Ein neues Sozialhilfesystem, das Bundesrecht missachte, dürfe nicht durch den Stadtrat eigenmächtig durch die Hintertür eingeführt werden, wird etwa Alexander Brunner in der Mitteilung zitiert. Zusammen mit Alexander Brunner stehen Patrick Brunner und Mélissa Dufournet hinter der Beschwerde.

Alexander Brunner verweist auf die Medienmitteilung des Sozialdepartements vom 8. November. Darin stehe, dass 44 Prozent der Empfänger der zusätzlichen Hilfsgelder Sans-Papiers seien, die keinen Anspruch auf Sozialhilfe hätten. Damit werde klar gegen Bundesrecht verstossen. Der Bezirksrat weise den Zürcher Stadtrat einmal mehr in die Schranken, wie er es beispielsweise schon bei der Finanzierung des Triemlispiels oder beim Kauf der sogenannten Gammelhäuser getan habe.



Kostenlose Lebensmittelpakete finden auch in Zürich Absatz.

ALEXANDRA WEY/KEYSTONE